

## **BStGer RR.2012.86 vom 16. Mai 2012**

Bundesstrafgericht, 2012-05-16, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bstger\\_RR.2012.86](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bstger_RR.2012.86)

FR: TPF RR.2012.86 du 16 mai 2012

IT: TPF RR.2012.86 del 16 maggio 2012

### **Regeste**

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen an Deutschland. Herausgabe von Beweismitteln (Art. 74 IRSG).

### **Volltext**

Entscheid vom 16. Mai 2012 Beschwerdekammer Besetzung

Bundesstrafrichter Stephan Blättler, Vorsitz, Tito Ponti und Cornelia Cova,  
Gerichtsschreiberin Santina Pizzonia

Parteien

A., vertreten durch Rechtsanwalt Michael Endres, HütteLAW AG, Alte Steinhauserstrasse  
1, 6330 Cham, Beschwerdeführer

gegen

STAATSANWALTSCHAFT I DES KANTONS ZÜRICH, Gartenhofstrasse 17, Postfach  
9680, 8036 Zürich, Beschwerdegegnerin

Gegenstand

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen an Deutschland

Herausgabe von Beweismitteln (Art. 74 IRSG)

Bundesstrafgericht Tribunal pénal fédéral Tribunal penale fed  
erale Tribunal penal federal

Geschäftsnummer: RR.2012.86

- 2 -

Die Beschwerdekammer zieht in Erwägung:

- die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen gewerbs- und bandenmässigen Betrugs gegen A. und weitere Personen führt; in diesem Zusammenhang die deutschen Behörden mit Rechtshilfeersuchen vom 3. Juni 2011 an die Schweiz gelangten und u.a. um Übermittlung von Strafurteilen betreffend A. ersuchten, welche im Zusammenhang mit dem in Deutschland untersuchten Sachverhalt stehen würden (act. 1.2);
- mit Schlussverfügung vom 27. März 2012 die Staatsanwaltschaft I des Kantons Zürich dem deutschen Rechtshilfeersuchen insofern entsprach, als sie die rechtshilfeweise Herausgabe des gegen A. gefällten Urteils des Obergerichts des Kantons Zürich vom 28. November 2006 samt angehefter Anklageschrift anordnete (act. 1.2);

- A. mit Eingabe vom 25. April 2012 Beschwerde gegen die Schlussverfügung vom 27. März 2012 erheben lässt (act. 1);
- in Anwendung von Art. 63 Abs. 4 VwVG i.V.m. Art. 39 Abs. 2 lit. b StBOG der Beschwerdeführer mit Schreiben vom 26. April 2012 eingeladen wurde, bis 7. Mai 2012 einen Kostenvorschuss von Fr. 4'000.-- zu leisten, und darauf aufmerksam gemacht wurde, dass bei Säumnis auf die Beschwerde nicht eingetreten werde (act. 3);
- die Frist zur Bezahlung des Kostenvorschusses gewahrt ist, wenn der Betrag rechtzeitig zu Gunsten der Behörde der Schweizerischen Post übergeben oder einem Post- oder Bankkonto in der Schweiz belastet worden ist (Art. 21 Abs. 3 VwVG i.V.m. Art. 39 Abs. 2 lit. b StBOG);
- der Beschwerdeführer innerhalb der angesetzten Frist den verlangten Kostenvorschuss nicht bezahlt und weder um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege noch um eine Fristerstreckung ersucht hat;
- auf die Beschwerde daher androhungsgemäss nicht einzutreten ist (Art. 63 Abs. 4 VwVG i.V.m. Art. 39 Abs. 2 lit. b StBOG);
- der Beschwerdeführer bei diesem Ausgang des Verfahrens kostenpflichtig wird (Art. 63 Abs. 1 VwVG i.V.m. Art. 39 Abs. 2 lit. b StBOG); für die Berechnung das Reglement BStKR zur Anwendung gelangt (Art. 63 Abs. 5 VwVG i.V.m. Art. 39 Abs. 2 lit. b StBOG); die Gerichtsgebühr vorliegend auf Fr. 800.-- anzusetzen ist.

- 3 -

Demnach erkennt die Beschwerdekammer:

1. Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten.
2. Die Gerichtsgebühr von Fr. 800.-- wird dem Beschwerdeführer auferlegt.

Bellinzona, 22. Mai 2012

Im Namen der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts

Der Präsident: Die Gerichtsschreiberin:

Zustellung an

- Rechtsanwalt Michael Endres, HütteleWAG AG, - Staatsanwaltschaft I des Kantons Zürich,
- Bundesamt für Justiz, Fachbereich Rechtshilfe,

Rechtsmittelbelehrung Gegen Entscheide auf dem Gebiet der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen kann innert zehn Tagen nach der Eröffnung der vollständigen Ausfertigung beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht werden (Art. 100 Abs. 1 und 2 lit. b BGG).

Gegen einen Entscheid auf dem Gebiet der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen ist die Beschwerde nur zulässig, wenn er eine Auslieferung, eine Beschlagnahme, eine Herausgabe von Gegenständen oder Vermögenswerten oder eine Übermittlung von Informationen aus dem Geheimbereich betrifft und es sich um einen besonders bedeutenden Fall handelt (Art. 84 Abs. 1 BGG). Ein besonders bedeutender Fall liegt insbesondere vor, wenn Gründe für die Annahme bestehen, dass elementare Verfahrensgrundsätze verletzt worden sind oder das Verfahren im Ausland schwere Mängel aufweist (Art. 84 Abs. 2 BGG).

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.